

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 13.02.2019
Sitzungsbeginn:	18:15 Uhr
Sitzungsende:	20:28 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Joachim Zell

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Dieter aus den Birken

Peter Niedhammer

Stefan Röth

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Schriftführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Ursula Seibel

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Erweiterung der Park & Ride Plätze in der Wöllnerstraße
Vorlage: 20196839
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
S-Bahnhalte am Bahnhof Rheingönheim
Vorlage: 20196809
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sperrung des Parkplatzes an der Haltestelle "Giulini" für LKW
Vorlage: 20196838
- 5.1. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zustand und Nutzung des Park & Ride Parkplatzes Giulini
Vorlage: 20196846
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Gehwege im Wohngebiet "Im Kappes"
Vorlage: 20196802
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Parkplatzsituation im Ortskern Rheingönheim
Vorlage: 20196843
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Illegal abgestellte Fahrzeuge im Gewerbegebiet "Am Sandloch"
Vorlage: 20196844
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Entwicklung der Grundschule Mozartschule Rheingönheim im laufenden Schuljahr
Vorlage: 20196808
- 9.1. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Mozartschule
Vorlage: 20196845
10. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zustand des Spielplatzes im Wildpark
Vorlage: 20196842
11. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hochwasserschutz für das südliche Rheingönheim

Vorlage: 20196803

12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Brücke über die Bahnanlagen im Zuge der K 7
Vorlage: 20196805
13. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Alternative Bestattungsformen
Vorlage: 20196806
14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Andienung des Bahnhofs Rheingönheim seit dem Fahrplanwechsel 2018/2019
Vorlage: 20196810

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.
Frau Ortsbeirätin Seibel (CDU) hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Für die Tagesordnung haben sich folgende Änderungen ergeben:

TOP 7 öffentlich „Parkplatzsituation im Ortskern Rheingönheim“ wird vorgezogen und zu Beginn der Sitzung behandelt.

TOP 3 öffentlich „Erweiterung der Park & Ride Plätze in der Wöllnerstraße“ wird nicht öffentlich behandelt zusammen mit dem TOP 1 nicht öffentlich.

TOP 4 öffentlich „S-Bahnhalte am Bahnhof Rheingönheim und TOP 14 öffentlich „Andienung des Bahnhofs Rheingönheim seit dem Fahrplanwechsel 2018/2019“ werden zusammengefasst unter TOP 4 öffentlich behandelt.

Die Ortsbeiratsmitglieder stimmen einstimmig darüber ab, dass der TOP 3 nicht öffentlich „Baumaßnahme in der Hauptstraße – Verkehrsbehinderungen“ in die öffentliche Sitzung vorgezogen wird. Es geht hier nicht um private Grundstücksangelegenheiten, sondern nur um die Verkehrsführung während der Bautätigkeit.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Die Ortsbeiratsmitglieder stimmen einstimmig darüber ab, dass in der Einwohnerfragestunde heute ausnahmsweise auch Fragen zur Tagesordnung gestellt werden dürfen. Es geht speziell um die Vorstellung der engen Straßen in Rheingönheim, zu welchem Frau Heller-Andor und Frau Weichelt-Nouwossan vom Bereich Straßenverkehr anwesend sind.

Aufgrund der großen Anzahl der anwesenden Rheingönheimer Bürger und der emotionalen Betroffenheit entsteht eine rege Diskussion.

Es geht unter anderem um die Benngewannstraße, wo auch wild geparkt wird und das Ordnungsamt nicht eingreift.

Ein Bürger fragt nach, wo soll in Zukunft ein Arzt parken, welcher Hausbesuche macht oder der Pflegedienst, der zu älteren Bürgern nach Hause kommt?

Kritisiert wird u. a. auch die Abschleppaktion in der Sandgasse, welche vor einiger Zeit stattfand.

Es stellt sich die Frage, wo die Autos der Anwohner in Zukunft geparkt werden sollen?

Unter den Bürgern besteht der Wunsch auf Einsichtnahme in die Projektunterlagen und Ergebnisse. Diese könnten evtl. im Internet bereitgestellt werden oder im Büro des Ortsvorstehers ausgelegt werden.

Da der Punkt die Menschen in Rheingönheim intensiv belastet und den Rahmen der heutigen Sitzung sprengt, spricht sich Herr Ortsbeirat Röth (SPD) dafür aus, dass die Stadtverwaltung zu einer Bürgerversammlung einladen soll mit politischen Vertretern des Dezernats und den Bereichen Straßenverkehr, Feuerwehr, Stadtplanung und Tiefbau. Hier könnte man Lösungswege mit den Betroffenen ausdiskutieren.

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass eine Anwohnerversammlung auf jeden Fall gemacht werden soll. Sollte die Verwaltung dazu nicht bereit sein, dann wird der Ortsbeirat die Anwohnerversammlung ausrichten.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) äußert noch die Bitte, dass die Bürger ihre Fragen vorher beim Ortsvorsteher eingeben sollen, damit sich die Vertreter der Verwaltung vorbereiten können.

Frau Heller-Andor wird diese Vorschläge und Anregungen gerne mitnehmen und an die zuständigen Stellen weitergeben.

Es meldet sich noch ein Bürger zu Wort und hat eine Frage zur Sanierung des Ortskerns in Rheingönheims. Ob hier etwas geplant ist in Zukunft?

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass der Ortsbeirat zwar einen Antrag in dieser Sache gestellt hatte in der Vergangenheit, aber da derzeit viele Baulücken geschlossen werden bzw. alte Häuser abgerissen werden, ist wohl keine Ortskernsanierung geplant.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass ein Konzept für den Ortskern wichtig und wünschenswert wäre.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass die Wegesanierung im Bereich Luitpoldhain begonnen hat. Die Wegesanierung in der Kornackerstraße ist beendet.

An dem Weg zwischen Riedlang und der Reithalle wurde der Pflasterstreifen fertiggestellt, die Arbeiten am restlichen Weg laufen derzeit.

Von der Firma Aldi wurde er noch einmal verständigt, dass der Pressebericht in der Rheinpfalz nur den Standort Mörschgewanne betrifft. Aldi sucht immer noch einen Standort. In die Auswahl fiel auch der TV-Platz. Diese Fläche war schon einmal im Gespräch. Damals wurde man sich allerdings nicht einig. Er gibt dies kommentarlos weiter.

Der vom Ortsvorsteher favorisierte Standort am Wertstoffhof steht auch nicht zur Verfügung, da er zum einen als Versickerungsfläche ausgewiesen ist und zum zweiten ist der Abstand zur Firma Giuliani zu gering aufgrund eventueller Störfälle.

Die Trauerhalle ist wieder nutzbar. Sie ist ansehnlich saniert worden und hat eine gute Akustik durch die neue Decke. Der Außenanstrich und die Sanierung der Arbeitsräume stehen noch aus.

Der 1. Bauabschnitt des Memoriamgartens wurde beendet und einige Urnengräber wurden bereits belegt. Hier bedankt sich der Ortsvorsteher noch einmal bei der Firma Schönmann für ihr Engagement.

Zum Thema „Enge Straßen“ wurde vorhin lange genug diskutiert. Dass dieses Thema hochkocht, war vorauszusehen.

Vor kurzem wurde er wieder angesprochen wegen der Wasserversorgung im Adamshof. Dieses Thema stand auch schon auf der Tagesordnung im Ortsbeirat. Die Stellungnahme der TWL war ablehnend, weil a) die Unwirtschaftlichkeit gegeben ist und b) durch die Länge der Leitung von ca. 1 300 Metern und die geringe Abnahmemenge die Gefahr der Verkeimung besteht und dadurch ein erhöhter Reinigungsaufwand anfällt.

Ihm wäre es auch lieber gewesen, wenn der Adamshof an das Versorgungsnetz angeschlossen worden wäre, die Kosten für den Hausanschluss dürften allerdings nicht viel höher sein wie bei innerörtlichen Hausanschlüssen auch. Es ist unwirtschaftlich, wenn ein Anschluss mehr kostet als der Wert des Hauses beträgt. Laut Beschluss des Stadtrats können die Kosten nicht auf die Allgemeinheit der TWL-Kunden gelegt. Von wann dieser Beschluss ist, ist allerdings nicht bekannt. Zu bedenken ist aber auch, dass dort Anwohner Häuser gekauft haben mit dem Wissen, dass dort keine Trinkwasser- und Abwasserversorgung vorhanden ist. Es ist fraglich, ob hier das Recht auf Trinkwasser anwendbar ist.

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) merkt hierzu an, dass er es bedauerlich findet, dass nicht für alle Ludwigshafener Haushalte gleiche Verhältnisse in der Wasserversorgung vorhanden sind.

Herr Ortsvorsteher Wißmann gibt die Anregung, dass man dies in den Stadtrat einbringen sollte.

Es folgt noch ein Nachtrag zur Ortsbeiratssitzung vom 14.11.2018. Es liegt inzwischen eine Stellungnahme des Bereichs Stadtentwässerung und Straßenunterhalt vor zum Thema „Versiegelung von Vorgärten“. Herr Ortsvorsteher Wißmann fasst zusammen: „Die Bemessung der Entwässerungsanlagen z. B. für Baugebiete wird für die Kanalisation und für die Ablei-

tung der Niederschlagswasser auf Grundlage der Eckdaten des Bebauungsplanes üblicher Befestigungsgrade je nach geplanter Grundstücksnutzung ausgelegt. Nachträgliche Flächenbefestigungen von Hof- und Vorgärten führen somit nicht zwangsläufig zu einer Überlastung der Kanalisation.

Da die Oberflächenwassergebühr gemäß Entgeltsatzung im Wesentlichen auf Grundlage von pauschalen Abflussbeiwerten für unterschiedliche Grundstücksnutzungen erhoben wird, ergibt sich aus der zusätzlichen Versiegelung keine Änderung der Oberflächenwassergebühr.

Eine Begrenzung der Einleitemenge wird nur dort ausgesprochen und auch kontrolliert, wo die Kapazität der Entwässerungsanlage ausgereizt ist.“

Zum Kindertagesstättenausbaupaket wurde ein Bericht über den aktuellen Sachstand vom Bereich Kindertagesstätten eingereicht. Leider sind für Rheingönheim keine weiteren Krippenplätze vorgesehen. Herr Ortsvorsteher Wißmann wird zur Zahl der Krippenplätze noch einmal beim Bereich nachfragen.

Zum Tagesordnungspunkt 3 nicht öffentlich „Baumaßnahme in der Hauptstraße - Verkehrsbehinderungen“:

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass es um die Baumaßnahme in der Hauptstraße geht neben dem Schreibwarenladen. Seitens der Bauverwaltung gibt es keine Auskünfte, wie der Bau dort aussehen soll. Dies fällt unter den Datenschutz. Aber der Ortsbeirat kann sich durchaus Gedanken machen um die Verkehrsbehinderung, welche hiermit ansteht. Mit dem Bereich Straßenverkehr hat der Ortsvorsteher nochmal gesprochen und erfahren, dass der Bauherr sich noch nicht entschieden hat, ob der Kran auf die Straße oder innerhalb des Geländes aufgestellt wird. Die Kosten für die Umleitung sind entsprechend hoch. Es gibt noch keine Antwort. Selbst wenn der Kran nicht auf der Straße stehen sollte, wird es zu Verkehrsbehinderungen kommen.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) liest die Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr vor:

„Am 08.01.2019 fand an der Örtlichkeit Hauptstraße 161 mit allen betroffenen Beteiligten ein Ortstermin statt. Unter anderem waren auch Herr Ortsvorsteher Wißmann und Herr Niedhammer vom Ortsbeirat bei diesem Termin anwesend.

Beim damaligen Termin ging man von einem Baubeginn Ende Februar 2019 aus, dieses hat sich zwischenzeitlich auf unbestimmte Zeit verschoben. Dem Bauherrn wurde mitgeteilt, dass der Baubeginn mindestens 6 Wochen im Voraus bei uns anzumelden ist.

Bei dem Ortstermin am 08.01.2019 wurde folgende Verkehrsführung besprochen und mit allen Beteiligten abgestimmt.

Für die Baumaßnahme wird die Fahrspur in Fahrtrichtung Gartenstadt halbseitig gesperrt werden.

Ab diesem Zeitpunkt ist es nicht mehr möglich beide Fahrbeziehungen aufrechtzuerhalten, da das Bauvorhaben unmittelbar an die Lichtsignalanlage in der Hauptstraße anschließt. Während der Sperrung der stadtauswärtsführenden Fahrspur wird der Individualverkehr der in Fahrtrichtung Innenstadt fließt über die Straße Hoher Weg großräumig umgeleitet. Der stadtauswärtsführende Verkehr wird auf die Gegenseite geleitet und kann somit die Baustelle ungehindert passieren.

Die vorhandene Lichtsignalanlage wird während dieser Verkehrslenkung in Betrieb bleiben, lediglich die Fußgängerquerung in Hauptstraße in Höhe Kantor-Josef-Jacob-Platz wird ge-

sperrt. Als Ersatz für diese Sperrung wird eine mobile Lichtsignalanlage in Höhe Hilgundstraße und Schulgässchen aufgestellt. Die vorhandene Signalisierung der Fußgänger an der Querung Hoher Weg bleibt erhalten.

Einschränkungen im Zuge dieser Baumaßnahme lassen sich nicht vermeiden. Bezüglich der kommenden Veranstaltungen SRH Marathon Rhein Neckar und Straßenfest Rheingönheim wurde der Bauherr in die Pflicht genommen, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen damit diese wie gewohnt durchgeführt werden können. Mit der geplanten Verkehrsführung waren alle Beteiligten einverstanden, auch Herr Wißmann und Herr Niedhammer.“

Herr Ortsbeirat Röth merkt dazu an, dass die SPD-Ortsbeiratsfraktion nicht von diesem Termin verständigt wurde. Er bittet zukünftig um Einhaltung des Weges, dass er als Fraktionssprecher von solchen Terminen informiert wird, so dass die Fraktion dann entscheiden kann, wer als Vertreter entsandt wird. Im Protokoll soll festgehalten werden, dass keine Zustimmung der SPD-Ortsbeiratsfraktion für diese Verkehrsführung vorliegt.

Er erinnert an die Zustände im Hohen Weg mit stark blockiertem Verkehr. Schülerinnen und Schüler kamen in einen stark gefährdenden Zustand, bis endlich reagiert wurde. Offenbar gibt es andere Möglichkeiten, welche den Verkehr weniger stark beeinträchtigen. Es gibt Gewerbetreibende in der Hauptstraße, welche hiervon nicht informiert wurden und welche stark eingeschränkt werden. Wenn man vom südlichen Rheingönheim aus in Richtung Stadtmitte kommend dann nur noch links abfahren könnte, würde das bedeuten, dass rücksichtsvolle Autofahrer nur noch über die B 44 fahren. Es könnte aber auch dazu kommen, dass viele Autofahrer durch kleine Straßen fahren und diese als Schleichwege nutzen. Insbesondere wenn sie in die Apotheke oder zur Sparkasse wollen. Die Sperrung soll von Februar 2019 bis mindestens zum Straßenfest im August andauern. Deshalb bittet er die Stadtverwaltung dringend darum, dass die Stadtverwaltung keiner Maßnahme zustimmt, welche eine einspurige Sperrung der Hauptstraße beinhaltet. Es muss nach Lösungen gesucht werden, dass der Bauherr bauen kann, aber dass die Hauptstraße noch in beiden Richtungen zu befahren ist.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) teilt mit, egal wo der Kran steht, das Baumaterial muss angeliefert werden. Sollte der Kran in der Baustelle stehen, dann halten trotzdem die LKWs vor dem Schreibwarenladen und laden ab. Deshalb war man der Ansicht, dass die Hauptstraße Richtung Weizenbierbrauerei gesperrt werden soll und der Verkehr an der Ampel links abbiegt über Limburgerhof oder die B44. Es wird mit Fertigteilen gebaut und die Großtransporter müssen mit Kran abladen. Die Polizei hat nur dieser Regelung zugestimmt. Weder Herr Wißmann noch er haben Einfluss genommen auf den Standort des Krans. Es wurde nach bestem Wissen entschieden. Die Einladung zu diesem Termin hat er selbst recht kurzfristig erhalten am Morgen des gleichen Tags. Er hat sich bereit erklärt ohne Zustimmung der Fraktion daran teilzunehmen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann hakt dazu ein, dass im Moment die Entscheidung dazu gehen könnte, dass der Kran evtl. im Baugelände stehen wird. Es wird aber trotzdem Verkehrsbehinderungen geben. Es ist nicht möglich innerhalb des Geländes die LKWs abladen zu lassen. Im Zuge dieser Baumaßnahme wird auch nebenan eine Baustelle eingerichtet. Die Sperrung so wie sie geplant ist, sollte durchgeführt werden, um keine unkontrollierten Verkehrsbehinderungen zu bekommen.

Herr Ortsbeirat Röth teilt mit, dass der Bauherr eine Sondernutzungserlaubnis für eine öffentliche Straße benötigt. Die öffentliche Straße ist dem Verkehr allgemein gewidmet. Dem Bau-

herr muss der Bau zugestanden werden, aber auch hier muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt werden. Die Öffentlichkeit und die Geschäftswelt in Rheingönheim soll möglichst wenig beeinträchtigt werden. Man könnte z. B. eine Lichtsignalanlage in diesem Bereich installieren, die nur in den vorher festgelegten Anlieferzeiten geschaltet wird.

Der Ortsbeirat stimmt einstimmig diesem Vorschlag zu.

Herr Ortsvorsteher Wißmann ergänzt dazu, dass die Hilgundstraße offen bleibt in beiden Fahrrichtungen. Dem Bauherrn muss ein gewisses Nutzungsrecht für die Straße zugestanden werden. Man kann versuchen dies nochmal an die Verwaltung zu geben, dass die Behinderungen so gering wie möglich gemacht werden. An der Querung Hilgundstraße sollte allerdings unbedingt die Ampel aufgestellt werden, damit die Schulkinder hier schon über die Straße gehen können und nicht am abladenden LKW vorbeilaufen müssen.

Herr Ortsbeirat Niedhammer merkt an, dass es sich hier noch um den Haupt-Schulweg der vielen Kinder aus dem Neubruch handelt. Es gab auch den Vorschlag vom Kantor-Josef-Jacob-Platz ein Stück wegzunehmen und den Verkehr darüber fahren zu lassen. Dies hat die Stadtverwaltung abgelehnt, weil der Untergrund dieses Geländes nicht stark genug wäre und der Bauherr nicht verpflichtet ist, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Hier würden zu hohe Kosten entstehen.

**zu 3 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Erweiterung der Park & Ride Plätze in der Wöllnerstraße**

Dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich behandelt mit dem TOP 1 der nicht öffentlichen Sitzung.

**zu 4 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
S-Bahnhalte am Bahnhof Rheingönheim**

Der Tagesordnungspunkt 14 wird hier mitbehandelt.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor. Der Ortsbeirat ist immer bemüht um eine gute S-Bahn-Verbindung und einen Ausbau. Allerdings gab es jetzt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 den Wegfall einer wichtigen S-Bahn-Verbindung um kurz vor 7.00 Uhr, welche hauptsächlich Pendler in Richtung Frankfurt nutzen. Aber auch weitere Fernverbindungen ab Mannheim sind betroffen. Die Fahrgäste waren verzweifelt, weil sie nicht mehr die Bahn erreichen konnten. Im Zuge der Verkehrsbehinderungen aufgrund der Sperrung der Hochstraße Süd und des Abrisses der Hochstraße Nord ist es zudem wichtig möglichst Verkehrsströme alternativ zu leiten und deshalb dafür zu sorgen, dass möglichst alle S-Bahnen in Rheingönheim halten. Sehr überraschend und erfreulich ist die Antwort des

Bereichs Tiefbau, dass der zuständige Zweckverband dafür gesorgt hat, dass die S-Bahn zukünftig wieder in Rheingönheim hält. Und zwar ab Montag, den 18.02.2019, jetzt um 6.52 Uhr, d. h. zwei Minuten früher als vorher.

**zu 5 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sperrung des Parkplatzes an der Haltestelle "Giulini" für LKW**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) berichtet von dem Parkplatz an der Haltestelle Giulini vor dem Straßenbahndepot. Der Parkplatz ist im Zuge der genannten Maßnahmen wichtig für Menschen, welche umsteigen wollen in die Straßenbahn. Gerade für Ältere und Mobilitätseingeschränkte oder Eltern mit Kind ist es wichtig, dass man nicht die Straße überqueren muss, sondern auf dem hellen Parkplatz parken kann, der sich auf der gleichen Seite der Haltestelle befindet. Hier parken aber leider sehr viele LKWs. Deshalb ist es der SPD-Ortsbeiratsfraktion ein Anliegen, dass die LKWs beispielsweise den großen Parkplatz gegenüber nutzen sollen, welcher auch Kapazitäten bietet und für LKW-Fahrer eher zumutbar ist als für Mütter, Ältere oder Mobilitätseingeschränkte.

Leider geht aus der Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr hervor, dass die Stadtverwaltung das Parken der LKWs hier nicht unterbinden will.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt mit, dass hier auch eine Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion vorliegt, welche mit gleicher Stellungnahme vom Bereich Straßenverkehr beantwortet wurde.

Die Ortsbeiratsmitglieder stellen noch einmal einstimmig folgenden Antrag:

Der Parkplatz an der Haltestelle Giulini soll nur von PKWs genutzt werden. Falls der Parkplatz gegenüber momentan nicht für LKWs geeignet ist, soll er ertüchtigt werden, damit die LKWs dort parken können.

Ein Vorschlag von Herrn Ortsbeirat Röth dazu ist, dass die Schienenwartungsfahrzeuge der VBL zukünftig im eigenen Betriebsgelände parken könnten. Somit wäre dann auch wieder mehr Platz für andere LKWs, welche z. B. von auswärts kommen und hier Arbeiten ausführen.

**zu 5.1 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zustand und Nutzung des Park & Ride Parkplatzes Giulini**

Siehe TOP 5

**zu 6 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Gehwege im Wohngebiet "Im Kappes"**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass es sich um ein Baugebiet aus den 60er Jahren handelt. Die Gehwege sind teilweise in schlechtem Zustand und nicht abgesenkt, so dass Ältere und Eingeschränkte keine Möglichkeit haben mit ihren Rollatoren einfach zu gehen. Deshalb hat die SPD-Ortsbeiratsfraktion um Überprüfung der Gehwege gebeten. An den notwendigen Stellen sollen die Gehwege instandgesetzt werden und ggf. auch abgesenkt.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) merkt dazu an, dass die Gehwege noch mit den alten 30er Platten verlegt wurden, welche sich jetzt heben und senken. Es besteht ein desolater Zustand. In den letzten 50 Jahren wurde hier nichts Größeres gemacht, es wurden nur hin und wieder ein paar kaputte Platten ausgetauscht.

Vom Bereich Tiefbau liegt eine Stellungnahme vor. Herr Ortsbeirat Niedhammer liest vor, dass die Gehwege in einem verkehrssicheren Zustand sind und weitere Maßnahmen derzeit nicht vorgesehen sind. Nachträgliche Randsteinabsenkungen würden ca. 5 000 Euro bis 12 000 Euro Kostenaufwand verursachen.

Die Ortsbeiratsmitglieder erklären sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, auch im Hinblick auf die Anfrage der Stadtverwaltung vor einiger Zeit. Damals sollten ausdrücklich Stellen mitgeteilt werden, an denen eine Randsteinabsenkung nötig ist.

zu 7 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Parkplatzsituation im Ortskern Rheingönheim

Frau Heller-Andor teilt mit, dass heute das Ergebnis des Projektes „Enge Straßen“ vorgestellt werden soll.

Zunächst erläutert sie, dass es sich aus verkehrsrechtlicher Sicht um eine enge Straße handelt, wenn die Breite der Straße 3,05 m unterschreitet.

Im Stadtteil Rheingönheim gab es Beschwerden aus der Bürgerschaft im Hinblick auf die Sicherheit in Notfällen, insbesondere weil Rettungswagen und Feuerwehr nicht mehr durchfahren können, wenn in den engen Straßen geparkt wird. Deshalb hat sich der Bereich Straßenverkehr dem Problem angenommen und eine Politesse für dieses Projekt abgestellt. Die Mitarbeiterin hat im gesamten Stadtgebiet enge Straßen vermessen und so wurden 176 Straßen überprüft durch die Feuerwehr und eine Projektmitarbeiterin.

Es wurde eingeteilt in vier Farbkategorien:

grün = Parken tolerabel (keine Maßnahmen erforderlich),

gelb = Parken grundsätzlich tolerabel (straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen erforderlich),

orange = Parken grundsätzlich nicht tolerabel (tiefgreifende straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen erforderlich) und

rot = Parken nicht tolerabel.

In 98 Straßen in Ludwigshafen kann man weiterhin parken. In 21 Straßen kann das Parken grundsätzlich toleriert werden, es müssen noch Beschilderungen oder Markierungen angebracht werden. 19 Straßen in denen Parken grundsätzlich nicht tolerabel ist, aber kleinere

Teile der Straße frei gegeben werden können um das Parken zu tolerieren. In 31 Straßen darf man überhaupt nicht mehr parken.

In Rheingönheim wurden insgesamt 11 Straßen überprüft:

Altfriedhofstraße, Altholzweg, Alwineweg, Benngewannstraße, Grabenstraße, Jakobsgasse, Luisenstraße, Reinwaltstraße, Sandgasse, Schmiedegasse (allerdings nur vor Hausnr. 21) und Uthmannstraße.

4 Straßen hiervon wurden als enge Straßen im Sinne der Feuerwehr und Straßenverkehrsordnung festgestellt und in diesen Straßen darf überhaupt nicht mehr geparkt werden. In der Altfriedhofstraße müssen 16 Parkplätze wegfallen aufgrund der Enge der Straße. Im Bereich von der Hausnummer 11 bis zur Einmündung Hilgundstraße.

Überhaupt nicht mehr geparkt werden darf in der Benngewannstraße. Hier fallen 54 Parkplätze weg. In der Luisenstraße sind es 30 Parkplätze, in der Reinwaltstraße 61 Parkplätzen und in der Sandgasse 36 Parkplätze.

In der Schmiedegasse 21 ist ein Halteverbot vorgesehen. Hier fallen 2 Parkplätze weg.

Erwähnenswert ist noch, dass nicht nur gemessen wurde, sondern dass auch die Feuerwehr mit Einsatzfahrzeugen geprüft hat, ob eine Straße befahrbar ist. Es können heute keine Details zu einzelnen Straßen oder Parkplätzen gegeben werden.

Der Stadtvorstand hat beschlossen, dass nach der Vorstellung heute noch ein Presseartikel bezogen auf die engen Straßen herausgebracht werden soll. Wenn alle Ortsbeiräte in der Stadt informiert sind (ca. Ende April) wird angefangen die Bürgerschaft zu informieren. Die Anwohner bekommen Flyer mit dem Hinweis, dass das Parken und Halten in ihrer Straße nicht mehr toleriert wird und Ende Juni wird dann eine zweite Runde durch die Straßen gedreht und hier werden Flyer an die Fahrzeuge gehängt. Danach wird kontrolliert durch die Politessen.

Herr Ortsvorsteher Wißmann bedankt sich für den Bericht und verweist auf die Einwohnerfragestunde, welche jetzt folgen wird. Ausnahmsweise dürfen Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt werden. Er weist aber auch daraufhin, dass heute nur die Fragen aufgenommen werden können und nicht beantwortet.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) verweist auf die schwierige Situation, welche jetzt für alle Anwesenden hier entstanden ist. In breiten Kreisen der Bevölkerung wird hier kein Verständnis zu erwarten sein. Er ist der Meinung, dass jemand vom Bereich Stadtplanung oder Tiefbau hätte anwesend sein müssen um den Bürgern zu sagen, wo jetzt diese rund 200 Autos parken sollen?

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) fragt an, ob es nicht möglich wäre, eine Lösung zu finden in der Technik, z. B. mit Feuerwehrfahrzeugen welche schmaler sind?

Frau Heller-Andor teilt mit, dass dies im Gespräch war, aber nicht durchzuführen ist. Sie wird die Anregung mitnehmen und weitergeben. Es geht aber auch nicht nur um die Feuerwehr, sondern auch um Rettungswagen und die Müllabfuhr.

Herr Ortsvorsteher Wißmann teilt hierzu mit, dass die Müllabfuhr in der Regel keine Probleme hat in den engen Straßen. Ein Problem stellt sich nur dar bei den Einfahrten zu den engen Straßen. Beispielsweise im Kreuzungsbereich Hauptstraße/Hilgundstraße/Carolistraße. Zum Thema Altfriedhofstraße merkt er an, dass in dieser Straße nicht die Anwohner parken,

sondern Leute welche gar nicht dort wohnen. Zur Technik möchte er noch anmerken, dass das Drehleiterfahrzeug wahrscheinlich immer zu breit sein wird.

Die Ortsbeiratsmitglieder haben keine weiteren Fragen.

Zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung stellt Herr Ortsbeirat Zell (CDU) noch einmal den Tagesordnungspunkt vor mit der Anfrage der CDU. Die darin gestellten Fragen wurden größtenteils schon zu Beginn der Sitzung von Frau Heller-Andor beantwortet.

Herr Zell liest trotzdem noch die Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr dazu vor:

„Die Bereiche Straßenverkehr und Feuerwehr haben im Auftrag der Verwaltungskonferenz alle im Stadtgebiet Ludwigshafen vorhandenen engen Straßen auf ihre Breite kontrolliert. Anlass hierzu waren vermehrte Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Das Ergebnis dieser anlassbezogenen Überprüfung wurde bereits Ende des vergangenen Jahres den Ortsvorstehern mitgeteilt.

Im Hinblick auf die Sicherstellung von Rettungseinsätzen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes ist es zwingend erforderlich, dass die Vorschriften des § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO (gesetzliches Haltverbot) konsequent kontrolliert und die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden.

Auch im Stadtteilgebiet des Ortsteils Rheingönheim, insbesondere im alten Ortskern, sind solche engen Straßen Bestandteil der örtlichen Gliederung. Aufgrund und angesichts des hohen Parkdrucks in den Stadtteilen wurde bisher das Parken in engen Straßen toleriert, soweit es nicht zu einer konkreten Behinderung kam.

Wir beabsichtigen, das gesetzliche Haltverbot im Laufe des Jahres 2019 – nach Information der Ortsbeiräte und anschließend der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern - durchzusetzen.

Ersatzflächen für den entfallenen Parkraum können von Seiten der Verwaltung nicht zur Verfügung gestellt werden. In Ludwigshafen beträgt die ortsüblich zumutbare Entfernung 200 m bis 400 m zum Parken im Nahbereich der Wohnungen.

Der Bereich Straßenverkehr wird alle Ortsbeiräte detailliert über die Ergebnisse und das weitere Verfahren in einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen informieren.“

Herr Ortsbeirat Zell lehnt diese Vorgehensweise ab. Diese Antwort ist etwas knapp gehalten. Es wird nochmal ganz klar ein Bürgerforum gefordert.

Er möchte auch nochmal festhalten, dass Bürgerinnen und Bürger nicht ernst genommen werden mit ihrem Anliegen, falls sie sich beim Bereich Straßenverkehr melden. Er stellt eine Überlastung des Ordnungsamtes fest. Im Rahmen der Routine werden Meldungen abgearbeitet, aber nicht sofort.

zu 8 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Illegal abgestellte Fahrzeuge im Gewerbegebiet "Am Sandloch"

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) berichtet über katastrophale Zustände im Gewerbegebiet am Sandloch, insbesondere werden dort vermehrt Fahrzeuge ohne Zulassung im öffentlichen Gelände abgestellt. Aufgrund dessen werden im Sandloch in unregelmäßigen Abständen die dort abgestellten Fahrzeuge im Auftrag der Ordnungsbehörde abgeschleppt. Zum besseren

Verständnis der Sachlage und zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger stellt die CDU-Ortsbeiratsfraktion folgende Fragen an die zuständige Behörde:

Herr Zell liest die Fragen und die Antwort des Bereichs Straßenverkehr zusammen:

1. Finden diese Aktionen regelmäßig statt? Wenn ja, in welchem Turnus?
Es wurden 14 zugelassene Fahrzeuge verwarnt, 2 Abschleppmaßnahmen durchgeführt, an 2 Fahrzeugen Parkkrallen angebracht. Andere Fahrzeuge, die letztendlich hier abgestellt wurden, wurden unverzüglich von den Eigentümern wieder zurückgestellt auf die Gelände.
2. Wie viele Fahrzeuge werden pro Jahr abgeschleppt?
Siehe Punkt 1
3. Wer übernimmt die Kosten der Abschleppaktionen?
Die durch Maßnahmen verursachten Kosten (z. B. Bußgelder, Abschleppvorgang, Verwahrung des Kraftfahrzeuges) müssen bei zugelassenen Fahrzeugen vom Halter getragen werden.
4. Werden ausreichende Bußgelder verhängt und diese auch eingefordert?
Die Bußgeldstelle verfolgt alle rechtlich einwandfreien Anzeigen. Die Höhe des Verwarnungsgeldes bzw. Bußgeldes richtet sich nach den Vorgaben des Bundeseinheitlichen Tatbestandskataloges.
5. Was passiert mit den Autowracks?
Sofern der Bereich Straßenverkehr feststellt, dass sichergestellte Fahrzeuge der Verwertung zugeführt werden können, werden diese nach VOB ausgeschrieben und als Schrott verkauft.
6. Wird aufgrund der Fahrgestellnummer nach dem vorherigen Besitzer gefahndet?
Der Bereich Straßenverkehr nutzt zur Ermittlung der Halterdaten eines Kraftfahrzeuges auch die Fahrgestellnummer.
7. Kann die Kommune für Fahrzeuge, die ihrem Besitzer nicht zugeordnet werden können, einen Erlös aus Versteigerungen etc. erzielen? Wenn ja, wie hoch ist dieser Erlös?
Sollten Kraftfahrzeuge, die keinem Halter zugeordnet werden können oder dort wo der Eigentümer sein Eigentum aufgegeben hat, noch einen Wert besitzen, werden diese im Rahmen einer vierteljährlich stattfindenden Versteigerung verkauft. Diese Versteigerung wird in der örtlichen Tagespresse bekannt gegeben. Die Höhe des Erlöses ist bei jedem Kraftfahrzeug unterschiedlich. Die angesetzten Mindestgebote werden im Vorfeld durch einen Gutachter ermittelt. Es werden in der Regel nie alle Kraftfahrzeuge verkauft, sondern bis zu dreimal in der Versteigerung angeboten. Sollten dann immer noch Kraftfahrzeuge übrig sein, werden diese der Verwertung zugeführt. Vor diesem Hintergrund können keine Aussagen über Erlöse gemacht werden.

8. Welche Kosten bleiben bei der Verwaltung und müssen somit durch die Steuerabgaben der Bürger finanziert werden?
Insgesamt lässt sich hierzu sagen, dass am Verkauf der Kraftfahrzeuge nicht wirtschaftlich gearbeitet werden kann. Die Kosten trägt letztlich die Stadt Ludwigshafen.
9. Wie dämmt man diesen „Wildwuchs“ künftig ein? Gibt es ein Konzept zur Gestaltung des Umfelds im Sandloch?
Hier melden wir mangels Zuständigkeit Fehlanzeige.

Die Ortsbeiratsmitglieder sehen diese Antworten als unbefriedigend an und werden zu gegebener Zeit wieder eine Anfrage stellen.

zu 9 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Entwicklung der Grundschule Mozartschule Rheingönheim im laufenden Schuljahr

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor. Die Mozartschule ist nach wie vor stark belastet mit der räumlichen Situation. Es gibt erhöhten Zuzug von schulpflichtigen Kindern in den Neubaugebieten. Im Haushalt wurden Gelder für eine Erweiterung der Mozartschule eingeplant.

Er fasst die Antwort des Bereichs Schulen kurz zusammen:

„Es gibt 15 Klassenräume, ein Mehrzweckraum darf mit Sondergenehmigung zusätzlich verwendet werden. D. h. es stehen 16 Räume zur Verfügung plus die Schulsporthalle und die angemietete Turnhalle der TG Frei Heil.“

Herr Ortsbeirat Röth gibt Folgendes zu bedenken: Wenn die Mozartschule gleichzeitig 17 Klassen beinhaltet und man davon ausgeht, dass nicht immer eine Klasse Sport hat, fehlt eigentlich ein Unterrichtsraum. Das bedeutet die Kapazität ist am Rande bzw. erschöpft. Von daher ist die Situation dramatisch, weil auch eine 4-Zügigkeit vorgesehen ist. Es ist auf jeden Fall sicherzustellen, dass ordentlich beschult werden kann im jetzigen Umfang.

Das bedeutet, dass realistisch gesehen Baugebiete in Rheingönheim in der kommenden Legislaturperiode weder ausgewiesen noch bebaut werden können. Denn man braucht zum einen Krippenplätze, wie schon Herr Ortsbeirat Dr. Schell gesagt hat, man braucht zum anderen Schulen, in denen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Aus der Stellungnahme geht hervor, dass die Betreuende Grundschule leider auch überlastet ist. Es können maximal 120 Schüler daran teilnehmen. Es gibt 38 Kinder in der kurzen Betreuung und 67 Kinder in der langen Betreuung. Schulsäle werden parallel genutzt.

Vielleicht können mit Hilfe des Stadtteilvereins und der Summe, die zur Verfügung steht, Container für die Betreuende Grundschule angeschafft werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann weist darauf hin, dass die Container nur für die Betreuung zur Verfügung stehen werden. In den Containern soll nicht unterrichtet werden.

Er geht stark davon aus, dass es in den nächsten 5 Jahren zu keiner Erweiterung kommen wird.

zu 9.1 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Sachstand Mozartschule

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) teilt mit, dass grundsätzlich angefragt wurde, ob eine Erweiterung der Mozartschule geplant ist? Welche Pläne bereits vorliegen? Ob es eine Variante gibt, die vorhandenen Gebäude evtl. durch Erhöhung zu erweitern um somit eine weitere Versiegelung der umliegenden Flächen zu umgehen? Wird über einen Abriss der Turnhalle und einen Neubau der Turnhalle inkl. Klassenräumen, also in 2-geschossiger Bauweise nachgedacht? Die CDU-Ortsbeiratsfraktion bittet die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger zeitnah in bereits bestehende Vorentwürfe einzubinden. Leider ist dies in der Vergangenheit nicht geschehen. Dennoch wäre es ein Schritt in die richtige Richtung. Denn bürgernahes Handeln bei geplanten Veränderungen unserer Infrastruktur ist äußerst wünschenswert und schafft Vertrauen. In Rheingönheim soll es ein Miteinander geben und Familien mit schulpflichtigen Kindern soll eine Zukunft hier geboten werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann äußert sich, dass in der Stellungnahme des Bereichs Gebäudemangement nichts Neues steht. Dies wurde alles schon in der Haushaltssitzung 2018 vorgestellt.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) hat hierzu noch eine Anmerkung. In der Stellungnahme des Bereichs Schulen wird ein Neubaugebiet „Obere Weide“ erwähnt. Er ist der Meinung, wie auch Herr Ortsbeirat Röth schon erwähnt hat, dass der Ortsbeirat diesem Neubaugebiet nicht zustimmen sollte, bis bekannt ist wie sich der Ausbau der Mozartschule gestaltet und wie man sich neue Kapazitäten für die Schule und Kindergärten hier vorstellt. Ansonsten wird es zu einem Chaos kommen. Die Stadtratsfraktionen sollten hier eingeschaltet werden.

Die Ortsbeiratsmitglieder stimmen darüber ab. Es gibt 6 JA-Stimmen und eine Enthaltung.

zu 10 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Zustand des Spielplatzes im Wildpark

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) berichtet von Bürgerinnen und Bürgern, die sich beklagt haben über den schlechten Zustand des Spielplatzes im Wildpark. Es handelt sich insbesondere um junge Familien. Der Spielplatz erscheint nicht mehr zeitgemäß und die Anzahl der Spielgeräte ist zu gering und nicht abwechslungsreich. Der Untergrund besteht aus fester Erde. Das Umfeld ist eintönig. Kein schöner Ort, der unsere Kinder zum Spielen und die Eltern zum Verweilen einlädt. Deshalb wurde angefragt, wann der Spielplatz zuletzt begangen wurde und welche Veränderungsmaßnahmen bereits angedacht sind? Wann kann mit einem attraktiven Spielplatz und dessen Umfeld am Wildpark gerechnet werden? Die Verwaltung wird um eine Begehung vor Ort gebeten und um eine ausführliche Stellungnahme.

Eine Stellungnahme des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe liegt vor, welche Herr Ortsbeirat Zell vorliest:

„Der Wildpark ist ein Ort um die Zusammenhänge der Natur zu verdeutlichen und zu erleben. In einer urban geprägten Welt sind solche Orte für die kindlichen Wahrnehmungs- und Bewegungserfahrungen immer wichtiger. Kinder haben in naturnahen Spielräumen direkten Kontakt zu Pflanzen, Tieren, Erde, Wasser und unterschiedlichen natürlichen Materialien. Der Spielplatz am Wildpark greift das naturnahe Konzept ebenfalls auf und bietet mit diversen Bewegungs-, Koordinations- und Motorikspielgeräten zahlreiche Spielmöglichkeiten um die motorische und kreative Entwicklung der Kinder zu fördern. Auch bei naturnah gestalteten Spielplätzen richtet sich die Sicherheit, ebenso wie bei allen anderen Spielplätzen, nach den einschlägigen Normen und Sicherheitsstandards. Der Spielplatz wird aufgrund der hohen Frequentierung zweimal wöchentlich kontrolliert. Hierbei werden eventuell notwendige Reparaturen (Austausch von Verschleißteilen etc.) ausgeführt. Nach unserem Kenntnisstand und Beobachtungen erfährt der Spielplatz eine große Beliebtheit und wird dementsprechend gut besucht. Neben Familien nutzen auch Kindergartengruppen und Schulklassen das Spielangebot. Demzufolge sind derzeit keine Veränderungsmaßnahmen vorgesehen.“

**zu 11 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hochwasserschutz für das südliche Rheingönheim**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) fasst kurz zusammen, dass momentan durch die Südspange viel Wasser in den Stadtteil kommt, welches von anderer Seite hergeleitet wird. Es war bekannt, dass die Deiche in einem schlechten Zustand sind. Sollte der Polder des Rehbachs voll sein und gleichzeitig starker Regen fallen evtl. mit Sturm, dann besteht die Gefahr, dass die Bäume umstürzen auf die Deiche und dass Rheingönheim im südlichen Teil bis zu zwei Meter unter Wasser steht. Deshalb war immer das Petitum keine Südspange ohne Deichsanierung. Allerdings gab es Probleme in diesem Zusammenhang, z. B. stockendes Verfahren durch Personalmangel bei der Kreisverwaltung. Die SPD-Ortsbeiratsfraktion hat sich dagegen gewandt und jetzt erneut eine Sachstandsanfrage eingereicht. Zwischenzeitlich wurde das Planfeststellungsverfahren vorangetrieben und kann dieses Jahr zum Ende geführt werden. Die Stadtverwaltung hat der Kreisverwaltung angeboten Personal auszuleihen. Die Südspange soll in Betrieb gehen, auch wenn die Deiche noch nicht saniert sind. Was gefährlich wäre, weil dann genau die oben beschriebene Situation eintreten kann. Die Bauzeit ist noch am Laufen. Man hat noch die Chance dies fertigzustellen. Der Ortsbeirat Rheingönheim sollte an seinem Antrag festhalten.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) sagt dazu, dass dieses seit ca. 4 Jahren im Ortsbeirat besprochen wird. Der zuständige Bereich muss dafür sorgen, dass der südliche Teil von Rheingönheim gegen eventuelles Hochwasser geschützt wird. Wenn die Trasse geplant wird, dann sollte auch klar sein, dass die Deiche erhöht werden müssen.

Die Ortsbeiratsmitglieder beantragen einstimmig, dass die Deichertüchtigung Vorrang hat und die Südspange vorher nicht in Betrieb gehen darf.

**zu 12 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Brücke über die Bahnanlagen im Zuge der K 7**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) führt aus, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen in der letzten Sitzung bekannt wurde, dass die Brücke, welche vom Wöllnerkreisel über die Bahnanlagen Richtung Maudach führt, in sehr schlechtem Zustand sein soll. Es sind Planungsleistungen im Haushalt enthalten gewesen um den Zustand der Brücke zu erkunden und gleichzeitig wurde vom stellvertretenden Leiter des Tiefbauamtes mitgeteilt, dass die Brücke saniert werden muss und ggf. sogar abgerissen.

Er versucht zu verdeutlichen, was dies bedeutet: Zwischen Mundenheim und Limburgerhof ist keine Querung der Bahnanlagen mit dem Auto mehr möglich. Die Firma Vögele und die Gewerbetreibenden in der Wöllnerstraße wären alle blockiert.

Herr Ortsbeirat Röth liest die Fragen und die Stellungnahme des Bereichs Tiefbau vor:

Die letzte Bauwerksprüfung ergab eine Prüfnote von 2,8, wobei große Schäden feststellbar waren, die die Dauerhaftigkeit des Bauwerks beeinträchtigen.

- Ist eine Sanierung ausreichend oder ist ein Neubau erforderlich?

Die Frage ist eher was wirtschaftlicher ist. Es ist zu befürchten, dass eine starke Chloridbelastung des Spannbetons existiert, die den Spannstahl angreift und nicht wirtschaftlich saniert werden kann. Ob diese Befürchtungen zutreffen, kann jedoch erst beantwortet werden, wenn eine Grundlagenermittlung mit Materialproben erfolgt ist.

- Wie ist es möglich, dass sich die Brücke in so schlechtem Zustand befindet, obwohl regelmäßige Brückenprüfungen stattfinden?

Die Brücke wurde im Jahr 1964 errichtet und hat damit ein Alter von 55 Jahren. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Spannbetonbrücken beträgt gemäß der Ablösungsrichtlinie des Bundes 70 Jahre.

Sicherheitsgefährdende Mängel bei Brücken wurden in den letzten 20-30 Jahren behoben.

- Wie könnte ein Sanierungs-/Bauplan aussehen?

Das wird das Ergebnis einer ordnungsgemäßen Planung sein, die noch nicht begonnen hat.

- Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die wichtige Verbindung (u.a. Anbindung der Firma Vögele an das Fernstraßennetz) auch während der Sanierungs-/Neubauzeit ständig befahrbar ist?

Das wird das Ergebnis einer ordnungsgemäßen Planung sein, die noch nicht begonnen hat.

Herr Ortsbeirat Röth weist daraufhin, dass bereits in der Ortsbeiratssitzung am 15.07.2016 eine Anfrage gestellt wurde, wie der Zustand im Straßennetz des Ortsbezirks ist und ob Sanierungsbedarf besteht. Damals wurden die Zustände der Brückenbauwerke als befriedigend angesehen und kein Sanierungsbedarf festgestellt.

Dazu möchten alle Ortsbeiratsmitglieder folgende Frage beantwortet haben:

„Warum kommt man jetzt zu einer anderen Einschätzung bezüglich des Zustandes der Brücke als im Jahr 2016?“

Die Ortsbeiratsmitglieder fordern einstimmig, dass eine Straßenverbindung über die Bahn-
gleise dauerhaft - auch während der Bauzeit - bestehen bleiben muss. Die Bahn muss ge-
quert werden können und Rheingönheim in dieser Richtung erreichbar bleiben.

**zu 13 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Alternative Bestattungsformen**

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) stellt den Tagesordnungspunkt vor. Die Thematik wird
seit ca. 3 Jahren regelmäßig im Ortsbeirat behandelt. Es wurde die Bitte geäußert, dass hin-
ter dem Wiesenfeld hinter der Trauerhalle ein Baumfeld für Alternative Bestattungsformen
angelegt werden soll.

Er liest aus der Stellungnahme des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

„Für die Realisierung eines Baumbestattungsfeldes in Rheingönheim ist die Änderung der
Friedhofssatzung nötig. Diese erfolgte anlässlich der Einführung des naturnahen Bestat-
tungsfeldes auf dem Oggersheimer Friedhof mit der Stadtratssitzung am 11.02.2019.

Für den Bau des Feldes in Rheingönheim wird momentan das Leistungsverzeichnis erstellt
und ein Termin für die Submission beantragt. Vorgesehen sind im ersten Bauabschnitt sie-
ben Bestattungsbäume.

Die Submission ist vorgesehen ab Ende März, Baubeginn ab Mitte Mai, Fertigstellung des
ersten Bauabschnittes ist dann für Ende Juni geplant.

Bestattungen können, sollte dieser Zeitablauf eingehalten werden, ab Juli stattfinden. Die
Gebühr für den Erwerb des 25-jährigen Nutzungsrechts an einer Baumgrabstätte an einem
Gemeinschaftsbaum beträgt dann, wie auf dem Hauptfriedhof laut aktueller Satzung 1 283
Euro, der Erwerb des Nutzungsrechts an einem Familienbaum mit 8 Grabstellen 9 620 Euro.“

**zu 14 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Andienung des Bahnhofs Rheingönheim seit dem Fahrplanwechsel
2018/2019**

Siehe TOP 4

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
20:28 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.03.2019

Martina Majorosi
Schriftführer

Wilhelm Wißmann
Vorsitzende/r